

Pressemeldung

Caritasverband der Erzdiözese München
und Freising e.V.

Kardinal Marx appelliert: Langzeitarbeitslose nicht abschreiben Caritas kritisiert Kürzungen für öffentlich geförderte Beschäftigung Tragfähige Rahmenbedingungen für sozialen Arbeitsmarkt gefordert

München, 1. Juni 2011. 500.000 langzeitarbeitslose Menschen in Deutschland dürfen nicht einfach abgeschrieben werden. Dies forderte der Münchner Erzbischof, Kardinal Reinhard Marx, am Mittwoch, 1. Juni 2011, bei der Pressekonferenz zum bundesweiten Caritas-Aktionstag in München. Mit dem Aktionstag unter dem Motto „5 vor 12 für Langzeitarbeitslose“ protestierten die Caritas im Erzbistum München und Freising und ihre Beschäftigungsgesellschaft Weißer Rabe gegen die geplanten Kürzungen der Bundesregierung im Bereich der Ein-Euro-Jobs und der Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose.

Die Würde des Menschen sei das zentrale Kriterium für die Gestaltung des Arbeitsmarktes und den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Arbeitslosigkeit, sagte Marx. Es sei nicht mit dem christlichen Menschenbild vereinbar, Menschen von der Möglichkeit zur Arbeit auszuschließen. „Kein Mensch ist überflüssig; jeder wird gebraucht!“, so der Kardinal wörtlich. Jeder solle seine Fähigkeiten einbringen und sinnvoll arbeiten können. Auch Menschen, die den ersten Arbeitsmarkt und die moderne, anspruchsvolle Arbeitswelt nicht erreichen könnten, hätten ein fundamentales Recht auf Beschäftigung, die ihnen Wertschätzung und Perspektiven eröffne. An die Verantwortlichen der Arbeitsmarktpolitik appellierte er: „Sparen Sie nicht an der falschen Stelle! Investieren Sie in die Menschen, ermöglichen Sie Teilhabe für alle!“

„Über 1500 Langzeitarbeitslose und Menschen mit verschiedenen Einschränkungen werden in den Einrichtungen der Caritas und ihrer Betriebe qualifiziert und betreut“, erläuterte Caritasdirektor Prälat Hans Lindenberger. „Diese Menschen haben neben der Arbeitslosigkeit zusätzliche Belastungen durch Überschuldung, psychische Probleme oder Suchterkrankungen.“ Sie dürften nicht sich selbst überlassen werden, forderte Lindenberger. Langzeitarbeitslose profitierten kaum vom Wirtschaftsaufschwung. Im internationalen Vergleich aller Industrienationen lebten in Deutschland immer noch die meisten Langzeitarbeitslosen.

Die beschlossenen Einsparungen von drei Milliarden Euro im Bundeshaushalt bei den Eingliederungshilfen führten bereits in diesem Jahr beim Münchner Jobcenter dazu, dass nur noch 120 Ein-Euro-Jobs statt bisher 300 gefördert werden konnten, erläuterte Thomas Ballweg vom Katholischen Männerfürsorgeverein (KMFV). Dieser Verband engagiert sich besonders in der Betreuung und Eingliederung von Obdachlosen. Ab 1. Juli werde es bereits weitere Kürzungen bei den geförderten Arbeitsgelegenheiten geben, sagte Ballweg.

Der Caritasverband fordert für seine Beschäftigungsinitiativen langfristig tragfähige Rahmenbedingungen für die berufliche Förderung von langzeitarbeitslosen Menschen. „Die Marktnähe in der öffentlich geförderten Beschäftigung muss weiter gegeben sein“, sagte die Geschäftsführerin von Weißer Rabe, Johanna Schilling. Nur wenn langzeitarbeitslose Menschen unter realen Bedingungen arbeiteten, würden sie fit für den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die geplante Reduzierung der Trägerpauschale auf maximal 150 Euro bedeute für viele Beschäftigungsprojekte das Aus. Menschen mit psychischen und körperlichen Erkrankungen sowie mangelnder Qualifikation benötigten eine intensive Betreuung, ohne die sie auf dem Arbeitsmarkt keine Chance hätten. Letztlich müsse für Personen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen ein sozialer Arbeitsmarkt geschaffen werden, der ihnen ein dauerhaftes sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ermögliche. (ua)